

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 85. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 18. Dezember 2014

1. Abgeordnete

Ulla Brede-Hoffmann,
Bettina Brück,
Alexander Fuhr,
Benedikt Oster,
Marc Ruland und
Thorsten Wehner (SPD)

Gute Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2014/2015

Bildungsministerin Vera Reiß hat am 3. Dezember 2014 die Daten zur Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz für das Schuljahr 2014/2015 vorgestellt. Ganz aktuell liegen jetzt auch die entsprechenden Angaben für die berufsbildenden Schulen vor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen seit dem Schuljahr 2011/2012 entwickelt?
2. Wie viele Lehrkräfte konnten seit dem Schuljahr 2011/2012 eingestellt werden?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die in den Bedarfsfächern benötigten Lehrkräfte zu gewinnen?

2. Abgeordnete

Julia Klöckner und
Christian Baldauf (CDU)

Einstellung des Ermittlungsverfahrens im Zusammenhang mit der anti-israelischen Demonstration am 18. Juli 2014 in Mainz

In der Rechtsausschusssitzung am 11. Dezember 2014 hat der Minister der Justiz und für Verbraucherschutz zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens im Zusammenhang mit der anti-israelischen Demonstration am 18. Juli 2014 in Mainz berichtet.

Aus dem Bericht des Ministers gegeben sich weitere Fragestellungen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wurden bei der Demonstration am 18. Juli 2014 in Mainz Personalien einzelner Teilnehmer aufgenommen, die judenfeindliche Parolen gerufen haben?
2. Wenn ja: mit welchen Konsequenzen für die Betroffenen?
3. Ist es nach Auffassung der Landesregierung hinnehmbar, dass Demonstranten unter den Augen rheinland-pfälzischer Polizisten folgenlos „Tod, Tod Israel“, „Juden raus“ und ähnliche Parolen skandieren?
4. Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang die Äußerung des polizeilichen Einsatzleiters, es habe „keine besonderen Vorkommnisse gegeben“?

3. Abgeordnete
Daniel Köbler,
Andreas Hartenfels und
Ulrich Steinbach
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dialog Industrieentwicklung: Dem Industriestandort Rheinland-Pfalz gemeinsam eine Perspektive geben

Mit einem Anteil des produzierenden Gewerbes von gut 35 Prozent an der Bruttowertschöpfung zählt Rheinland-Pfalz zur Spitzengruppe der Länder. Dadurch ist die Industrie ein wesentliches Fundament für Wohlstand und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes auch in Zukunft zu sichern und auszubauen hat die rheinland-pfälzische Landesregierung, unter Federführung der Wirtschaftsministerin Eveline Lemke, in Kooperation mit verschiedenen Verbänden den „Dialog Industrieentwicklung Rheinland-Pfalz“ initiiert. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit am 28. November 2014 vorgestellt.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Welche spezifische Zielsetzung verfolgt die Landesregierung mit dem „Dialog Industrieentwicklung Rheinland-Pfalz“?
2. Mit welchen Partnern hat die Landesregierung den „Dialog Industrieentwicklung Rheinland-Pfalz“ initiiert, geführt und umgesetzt?
3. Wie erfolgte die Erarbeitung des vorgelegten Berichts zum „Dialog Industrieentwicklung Rheinland-Pfalz“?
4. Auf welche prioritären Handlungsfelder haben sich die Partner der Initiative „Dialog Industrieentwicklung Rheinland-Pfalz“ zur Weiterentwicklung des Industriestandorts verständigt?

4. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Dr. Adolf Weiland (CDU)

Folgerungen aus dem Konsolidierungscheck Bundesländer des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Bewertung, dass Rheinland-Pfalz zu den Ländern gehört, die am weitesten von einem Haushalt ohne Neuverschuldung entfernt sind?
2. Teilt die Landesregierung die Feststellung des IW, dass Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 das dritthöchste strukturelle Finanzierungssaldo je Einwohner aller Länder nach Bremen und dem Saarland vorweist?
3. Teilt die Landesregierung die in den Fragen 1 und 2 genannten Einschätzungen vor dem Hintergrund, dass nach Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen die Steuereinnahmen je Einwohner der Länderhaushalte nahezu nivelliert sind?
4. Welche Änderungen der rheinland-pfälzischen Haushaltspolitik erfordern nach Ansicht der Landesregierung die Ergebnisse der IW-Studie?

5. Abgeordneter
Martin Haller (SPD)

Kartellrechtliches Prüfverfahren der Europäischen Kommission gegen Google

Einige Konkurrenten von Google haben sich bei der Europäischen Kommission über Google beschwert. Es geht um den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung in der Online-Suche. Die Europäische Kommission hat daraufhin im November 2010 beschlossen, ein kartellrechtliches Prüfverfahren gegen Google einzuleiten. Dieses Prüfverfahren dauert noch immer an.

Am 27. November 2014 hat das Europäische Parlament eine Resolution erlassen, in der dafür plädiert wird, zu verhindern, dass Suchmaschinen ihre Marktmacht missbrauchen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der aktuelle Stand in dem Wettbewerbsverfahren gegen Google?
2. Woran liegt es nach Kenntnis der Landesregierung, dass das Prüfverfahren nun schon über vier Jahre dauert?
3. Wie bewertet die Landesregierung den aktuellen Stand des Verfahrens insbesondere hinsichtlich der Auswirkung auf rheinland-pfälzische Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen?
4. Worin bestehen nach Kenntnis der Landesregierung die Gemeinsamkeiten mit einem ähnlichen Verfahren, das in den USA geführt wurde?

- 6. Abgeordnete**
Bettina Dickes,
Adolf Kessel und
Guido Ernst (CDU)
- Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Besoldung von Beamten an Realschulen plus**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie viele Lehrer für das Lehramt an Hauptschulen unterrichten an rheinland-pfälzischen Realschulen plus (Angaben bitte nach absoluten und relativen Zahlen gliedern)?
 2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, das Gerichtsurteil zeitnah umzusetzen?
 3. Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet die Landesregierung durch die Umsetzung des Urteils?
- 7. Abgeordnete**
Elisabeth Bröskamp
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Aktueller Stand der Entscheidungsfindung über die Aufstockung des Fonds Heimerziehung 1950er und 60er Jahre West**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie viele ehemalige Heimkinder haben bis zum 30. November 2014 Leistungen des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1975“ in Rheinland-Pfalz beantragt?
 2. In welcher Höhe wurden bisher Leistungen für rheinland-pfälzische Antragstellerinnen und -steller – unterschieden in Sach- und Rentenersatzleistungen – insgesamt ausgezahlt?
 3. Mit welchen Antragszahlen ist nach Kenntnis der Landesregierung bundesweit bis zum Ende der Antragsfrist für Leistungen des Fonds am 31. Dezember 2014 zu rechnen?
 4. Wird sich die Landesregierung für eine Aufstockung des Fonds einsetzen?
- 8. Abgeordneter**
Thorsten Wehner (SPD)
- Änderung der EU-Ökoverordnung**
- Am 9. Dezember 2014 wurde im Sonderausschuss Landwirtschaft der EU in Vorbereitung für den Agrar- und Fischereirat ein neuer Entwurf für eine geänderte EU-Ökoverordnung vorgelegt. Demnach plant die EU-Kommission u. a. die Ökobauern für nicht sachgemäßen Einsatz von Pflanzenschutz ihrer konventionellen Nachbarn verantwortlich und haftbar zu machen.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Welche Maßnahmen sind von Seiten der EU-Kommission genau geplant?
 2. Wie werden sich diese Maßnahmen auf die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz auswirken?
 3. Welche sonstigen Auswirkungen haben die neuen Regelungen auf die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz?
 4. Wie beabsichtigt die Landesregierung auf das weitere Verfahren der Verordnung einzuwirken?
- 9. Abgeordnete**
Gabriele Wieland (CDU)
- Armutsgefährdung von Älteren in Rheinland-Pfalz**
- Rheinland-Pfalz hat – nach dem Saarland – deutschlandweit nach aktuellen Berichten (z. B. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 19. November 2014, Pfälzischer Merkur vom 20. November 2014) aufgrund von Zahlen des Statistischen Bundesamts die höchste Armutsgefährdungsquote in der Altersgruppe 65 Jahre und älter.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse zur besonders hohen Armutsgefährdungsquote älterer Menschen in Rheinland-Pfalz?
 2. Worin sieht die Landesregierung die diesbezüglichen Ursachen, nach Möglichkeit auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern?
 3. Welche Regionen und Bevölkerungsgruppen sind insbesondere betroffen?
 4. Welche politischen Ansätze zur Armutsbekämpfung in Rheinland-Pfalz haben versagt?

10. Abgeordnete
Hans-Josef Bracht und
Alexander Licht (CDU)

Rückzug der Frachtflug-Gesellschaft Air China vom Flughafen Frankfurt-Hahn

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche der in der Presseberichterstattung genannten Gründe waren nach Einschätzung der Landesregierung ausschlaggebend für die Einstellung der Flüge von Air China zum Flughafen Frankfurt-Hahn: das saisonal nachlassende Frachtgeschäft, die fehlende Zulassung von Air China Piloten für die Kategorie III des Instrumentenflugs, die bei Schlechtwetterlagen benötigt wird, mangelnder Service am Flughafen Hahn oder welche sonstigen Gründe?
2. Welche ernstzunehmenden oder sicheren Informationen liegen der Landesregierung vor, ob oder wann Air China seine Flüge zum Flughafen Frankfurt-Hahn wieder aufnimmt?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass es keinen festen Vertrag des Flughafens mit Air China über die Nutzung des Flughafens gibt, dieser aber dennoch bei Mörfelden-Walldorf Büro- und Frachtflächen zur Nutzung durch Air China gemietet hat?
4. Welche Entwicklung des Frachtflugverkehrs am Flughafen Frankfurt-Hahn setzt die Landesregierung für einen verlustfreien Betrieb des Flughafens voraus?

11. Abgeordnete
Astrid Schmitt und
Michael Hüttner (SPD)

Bundesländerindex Mobilität 2014/2015

Im Dezember 2014 erscheint der vom Verband Allianz pro Schiene e. V. herausgegebene Länderindex zum dritten Mal. Hierin wird die verkehrspolitische Situation der Länder statistisch untersucht und anhand diverser Faktoren ein entsprechendes Ranking aufgestellt. Rheinland-Pfalz belegt im diesjährigen Gesamtranking den fünften Platz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen erachtet die Landesregierung für geeignet, um die Straßenverkehrssicherheit angesichts der im Mobilitätsindex des Verbands Allianz pro Schiene e. V. attestierten guten Abschneidens noch weiter zu verbessern?
2. Wie bewertet die Landesregierung, dass die Verbesserungen im Angebot des ÖPNV im Nachhaltigkeitsindex anscheinend nicht berücksichtigt worden sind?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Situation der im öffentlichen Nahverkehr beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Hinblick auf die 2010 erlassene Tarifreuegung?

12. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fachgespräch zur Sicherheit der Hochmoselbrücke

Nach einer kürzlich öffentlich gemachten Einschätzung des Aachener Geologen Prof. Dr. Rafiq Azzam gibt es aus seiner Sicht zur Standsicherheit der Hochmoselbrücke noch offene Fragen. Am 10. Dezember 2014 fand auf Einladung des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur und des Landesbetriebs Mobilität (LBM) ein Fachgespräch mit Prof. Dr. Azzam statt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wann hat die Landesregierung von der Einschätzung Prof. Dr. Azzams erfahren?
2. Welches sind die wesentlichen Ergebnisse des Fachgesprächs?
3. Welche Gutachten und Unterlagen wurden Prof. Dr. Azzam seitens des LBM zur Verfügung gestellt?
4. Wird das Sicherheitskonzept aufgrund des Fachgesprächs erweitert?

13. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Martin Brandl (CDU)

Kritik des Landeselternbeirates (LEB) an der Unterrichtsversorgung des Landes

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Forderungen des LEB an die Landesregierung zur Vermeidung von Unterrichtsausfall?
2. Teilt die Landesregierung die Forderung des LEB, dass alle Schulen einen jährlichen Qualitätsbericht über den Unterrichtsausfall und die Regulierungsmethoden veröffentlichen sollen?
3. Wie viele Lehrerstellen fehlen in Rheinland-Pfalz für eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung?
4. Hält die Landesregierung die Differenzierung zwischen Pflichtunterricht und darüber hinaus zugewiesenen Stunden angesichts der schulstrukturellen Organisation von Gesamtschulen, Förderschulen und Realschulen plus für zielführend, die zur grundlegenden Funktionsweise ihres Unterrichtsgeschehens auf eine Unterrichtsversorgung über die Pflichtstunden hinaus angewiesen sind?

14. Abgeordneter
Martin Haller (SPD)

Transparenzinitiative der EU-Kommission

Am 25. November 2014 hat sich die EU-Kommission zu mehr Transparenz im Umgang mit Treffen mit Interessenvertretern entschlossen. Darüber hinaus sollen auch die Verhandlungen mit den USA über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) transparenter gestaltet werden. Der neue Präsident der EU-Kommission sieht darin einen wichtigen Teil seiner politischen Leitlinien.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, was die neuen Transparenzregelungen in Bezug auf Treffen zwischen Vertretern der EU-Kommission und Interessenvertretern genau besagen?
2. Ist der Landesregierung bekannt, wie sich die Transparenzregelungen auf die TTIP-Verhandlungen mit den USA auswirken?
3. Welche Auswirkungen haben die neuen Regelungen auf Gespräche zwischen Vertretern der Landesregierung und Vertretern der EU-Kommission?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis, wie die neuen Regelungen im Vergleich zur Bundesebene in Deutschland zu bewerten sind?

15. Abgeordnete
Wolfgang Schwarz und
Jaqueline Rauschkolb
(SPD)

Trendwende beim „Komasaufen“ junger Menschen

Laut aktuellen Pressemeldungen ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung in die Klinik kommen, rückläufig. In Rheinland-Pfalz ist ein Rückgang von 18 Prozentpunkten zu verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Situation?
2. In welcher Gruppe tritt die Problematik des „Komasaufens“ zumeist auf?
3. Welche Schwerpunkte setzt die Landesregierung in der Suchtprävention?
4. Welche Maßnahmen und Projekte werden von der Landesregierung unterstützt und gefördert?

**16. Abgeordnete
Anke Beilstein (CDU)****Städtebündnis gegen Verschuldung**

Ich frage die Landesregierung:

1. Vertreter von 40 Kommunen haben Ende November 2014 in Kaiserslautern beschlossen, dass bislang nur in Nordrhein-Westfalen bestehende Aktionsbündnis für die „Würde unserer Städte“ auszudehnen, um mit einer Stimme auf die massiven Finanzprobleme der Kommunen hinzuweisen und Hilfe einzufordern. Begrüßt die Landesregierung das Aktionsbündnis?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass unter den zehn höchstverschuldeten Städten in Deutschland laut den Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung und den jüngsten Zahlen der Untersuchung der Beratergesellschaft Ernst & Young vier rheinland-pfälzische Städte, nämlich Ludwigshafen, Kaiserslautern, Pirmasens und Mainz auf den vorderen Plätzen liegen?
3. Welche konkreten Schritte will die Landesregierung unternehmen, um besonders den hochverschuldeten Städten im Land finanziell zu helfen?
4. Wann kommt der Kommunale Finanzausgleich angesichts der Schuldsituation der Kommunen in Rheinland-Pfalz erneut auf den Prüfstand?

**17. Abgeordnete
Anne Spiegel und
Dr. Dr. Rahim Schmidt
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Rezeptfreie „Pille danach“**

Die sogenannte „Pille danach“ ist ein hormonelles Präparat, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Laut Bundesgesundheitsministerium wurde sie im Jahr 2013 in Deutschland 200 000-mal verschrieben. In nahezu allen europäischen Ländern sowie in den USA ist die „Pille danach“ bereits rezeptfrei zu erwerben.

In Deutschland hingegen ist bisher ein Arztbesuch notwendig, um ein Rezept für die „Pille danach“ zu bekommen. Nun hat die EU-Zulassungsbehörde EMA Ende November 2014 empfohlen, die „Pille danach“ rezeptfrei in Apotheken erwerben zu können. Bundesgesundheitsminister Gröhe hat eine Prüfung der Empfehlung angekündigt. Sollte die EU-Kommission die Rezeptpflicht aufheben, würde dies auch für Deutschland gelten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund der Empfehlung der EU-Zulassungsbehörde die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ in der Apotheke unter Berücksichtigung der derzeitigen Rezeptpflicht?
2. Wie kann sich die Landesregierung jeweils bei der Europäischen Union und dem Bund vor dem Hintergrund deren Zuständigkeiten für die rezeptfreie Zulassung der „Pille danach“ einsetzen?
3. Wie sieht die Landesregierung eine gute Beratung in der Apotheke bezüglich der rezeptfreien Ausgabe der „Pille danach“ gewährleistet?
4. Wann werden sich nach Kenntnis der Landesregierung die EU-Kommission und die Bundesregierung mit den Empfehlungen der EU-Zulassungsbehörde EMA bezüglich der Aufhebung der Rezeptpflicht auseinandersetzen?

18. Abgeordnete
Hedi Thelen und
Adolf Kessel (CDU)

Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. November 2014 zur Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen auf Rheinland-Pfalz

Veranlasst durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. November 2014 zur Zulässigkeit der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen in Hessen hat die Gewerkschaft ver.di auch für Rheinland-Pfalz Konsequenzen gefordert. Auch der Katholikenrat im Bistum Trier hat nach vorliegenden Berichten einen besseren Schutz der Sonn- und Feiertage gefordert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hat die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. November 2014 zur Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen nach Einschätzung der Landesregierung für Rheinland-Pfalz?
2. Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus insbesondere für die Landesverordnung über die Zulassung der Sonn- und Feiertagsbeschäftigung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung hinsichtlich der Erlaubnis zur Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, soweit die Arbeiten nicht an Werktagen vorgenommen werden können?
3. Welcher Auftrag ergibt sich aus der Entscheidung für einen besseren Schutz der Sonn- und Feiertage in Rheinland-Pfalz?

19. Abgeordnete
Jens Guth und
Heiko Sippel (SPD)

Deutsche Exporte auf Rekordhoch

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts vom 9. Dezember 2014 wurden im Oktober 2014 von Deutschland Waren im Wert von 103,9 Milliarden Euro ausgeführt. Damit wurde der bisherige Ausfuhrrekord vom September 2014 (102,5 Milliarden Euro) übertroffen. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren gegenüber September 2014 allerdings um 0,5 % ab.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Faktoren sind aus Sicht der Landesregierung für diese positive Entwicklung verantwortlich?
2. Inwieweit profitiert die rheinland-pfälzische Exportwirtschaft von diesem Ausfuhrrekord?
3. Welchen Einfluss haben aus Sicht der Landesregierung die Sanktionen gegen Russland auf das Exportgeschäft rheinland-pfälzischer Unternehmen?

20. Abgeordnete
Simone Huth-Haage
(CDU)

Fonds Heimerziehung

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Betroffene haben bisher in Rheinland-Pfalz Ansprüche auf Leistungen aus dem Fonds Heimerziehung angemeldet?
2. Wie lange dauert es von der Kontaktaufnahme durch die Betroffenen bis zum ersten Gesprächskontakt?
3. Wie viele Fälle wurden bereits abgeschlossen?
4. Wie viele Anträge stehen in Rheinland-Pfalz in der Gefahr, aufgrund zu geringer Mittel des Fonds nicht mehr bearbeitet zu werden?

21. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wettbewerb „Regionalentwicklung Hunsrück“

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Landesplanung hatte im Sommer 2014 einen Wettbewerb zur Förderung der Regionalentwicklung im Hunsrück – jenseits einer einseitigen Unterstützung von flugaffinem Gewerbe am Flughafen Hahn – ausgeschrieben. Die Prämierung fand am 1. Dezember 2014 statt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Zielsetzung verfolgte die Landesregierung mit dem Wettbewerb?
2. Gab es eine thematische Spezifikation im Rahmen des Wettbewerbs?
3. Welche Wettbewerbsteilnehmer sind als Sieger prämiert worden?
4. Werden die nicht berücksichtigten Wettbewerbsideen in anderer Weise weiter verfolgt?

22. Abgeordnete
Jens Guth und
Heiko Sippel (SPD)

Potenziale von Crowdfunding und Crowdfunding

Immer mehr Gründungen und Wachstumsvorhaben von Unternehmen werden mit Hilfe von Crowdfunding und Crowdfunding finanziert. Wie der aktuellen Berichterstattung (z. B. Handelsblatt vom 11. Dezember 2014) zu entnehmen ist, will die Einzelhandelskette Butlers zehn Millionen Euro durch ein Crowdfunding-Projekt einwerben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Potenziale von Crowdfunding und Crowdfunding als Finanzierungsinstrumente insbesondere auch für rheinland-pfälzische Unternehmen ein?
2. Welche Nachteile haben aus Sicht der Landesregierung diese Finanzierungsinstrumente?
3. Sind der Landesregierung Crowdfunding- bzw. Crowdfunding-Vorhaben in Rheinland-Pfalz bekannt?

23. Abgeordnete
Michael Wäschenbach,
Dr. Peter Enders und
Alexander Licht (CDU)

Mögliche Landesbeteiligung am Defizit des Siegerlandflughafens in Nordrhein-Westfalen

Medienberichten zufolge gab es vor einigen Wochen ein Treffen sozialdemokratischer Politiker aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, darunter aus dem Landkreis Altkirchen Herr Abgeordneter Thorsten Wehner und aus dem Landkreis Siegen-Wittgenstein die Abgeordneten Tanja Wagner und Falk Heinrichs sowie Landrat Andreas Müller. Thema war u. a. die Zukunft des Siegerlandflughafens. Dabei soll den Berichten zufolge angeregt worden sein, über eine finanzielle Beteiligung der Nachbarländer Rheinland-Pfalz und Hessen am Siegerlandflughafen wegen des offenkundigen wirtschaftlichen Nutzens nachzudenken. Der Flughafen soll den Berichten zufolge ein jährliches Defizit von etwa 1 Million Euro erwirtschaften.

Diese Anregungen gewinnen vor dem Hintergrund der jüngsten Überlegungen im Kreistag Siegen-Wittgenstein, aus der Finanzierung auszusteigen, aktuelle Brisanz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung den Vorschlag einer finanziellen Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz an den Kosten des Siegerlandflughafens?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den wirtschaftlichen Nutzen des Landes Rheinland-Pfalz durch den Siegerlandflughafen?
3. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu der Frage, ob und wie die Zahl und die Standorte von Regionalflughäfen bundesweit zwischen den Ländern abgestimmt werden sollten?
4. Welche Chancen sieht die Landesregierung, bei einer solchen Standortkoordination von Regionalflughäfen deren Rentabilität spürbar zu verbessern?

24. Abgeordneter**Dr. Fred Konrad****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Evangelisches Krankenhaus Zweibrücken**

Das Evangelische Krankenhaus Zweibrücken verliert laut Zeitungsberichten (z. B. Zweibrücker Zeitung 288, vom 12. Dezember 2014) vier der fünf Leitenden Ärzte. Zudem sollen mehrere Assistenzärzte eine Kollektivkündigung angekündigt haben, sollten sich die Arbeitsbedingungen nicht verbessern. Die größte Abteilung des Krankenhauses, die Innere Medizin, soll künftig nicht mehr von eigenen Ärztinnen und Ärzten geleitet werden, sondern durch zwei ärztliche Direktoren des Homburger Uniklinikums in Nebentätigkeit. Diese haben zudem noch Nebentätigkeiten in weiteren Kliniken angenommen. Der einzige verbleibende Leitende Arzt leitet hingegen ebenfalls in Nebentätigkeit die Chirurgische Abteilung des Evangelischen Krankenhauses Bad Dürkheim. Auch diese Leitung in Nebentätigkeit wurde von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten vor Ort öffentlich als unzureichend kritisiert. Als Gründe des Zerwürfnisses zwischen dem leitenden ärztlichen Personal und der Geschäftsführung des Evangelischen Krankenhauses Zweibrücken werden in der Presse unüberbrückbare Differenzen über die Bezahlung der leitenden Ärzte und die personelle Ausstattung der Abteilungen berichtet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist die Versorgung der Patientinnen und Patienten in den betroffenen Evangelischen Krankenhäusern in Zweibrücken und Bad Dürkheim unter den momentanen Bedingungen aus Sicht der Landesregierung akut gefährdet?
2. Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung, die gesundheitliche Versorgung sicherzustellen?
3. Welche Ergebnisse hatten Gespräche der Landesregierung mit der Krankenhausleitung, der ärztlichen Leitung, dem Personal und den Patientenvertreterinnen und -vertretern?
4. Welche Anforderungen sind vor dem genannten Hintergrund an überörtliche Kooperationen von Kliniken zu stellen, damit aus Sicht der Landesregierung die ärztliche Verantwortung ausreichend wahrgenommen werden kann?

